

„Lehren ohne soziale Absicherung“ – Öffentlicher Unterricht von VHS-Dozierenden auf dem Rathausmarkt Dienstag, 18. Juni von 11 bis 13 Uhr auf dem Hamburger Rathausmarkt

Seit Jahren protestieren VHS-Kursleitende mit Unterstützung der GEW unter dem Motto „VHS Fair!“ für bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung. „Und sie haben Recht: Die Gruppe der arbeitnehmerähnlich beschäftigten Kursleitenden ist eine zentrale Säule des Bildungsangebots - hier muss der Senat endlich aktiv werden“, so **Dirk Mescher**, Geschäftsführer der GEW Hamburg. Von Sprachkursen über Kunstworkshops bis hin zu digitalen Kompetenzen bieten die Lehrkräfte ein breites Spektrum an Kursen an.

Inzwischen hat sogar die Hamburger SPD auf ihrem Landesparteitag im März 2024 die hälftige Beteiligung an der sozialen Absicherung gefordert. Doch aus dem Rathaus ist dazu trotz mehrfacher Nachfrage nichts zu hören. „Deshalb wollen die Lehrenden der VHS das Thema fehlende soziale Absicherung und Honorarfortzahlung im Krankheitsfall als Unterrichtsthema an den Hamburger Senat herantragen. Wir sind gerne bereit, der Schulsenatorin Frau Bekeris oder auch dem Ersten Bürgermeister Herrn Tschentscher die Unterrichtseinheit näher zu erläutern“, so **Sven Quiring**, Landesvorsitzender der GEW Hamburg.

Was es bedeutet, in der „Stadt der guten Arbeit“ (so die Hamburger SPD) als Lehrkraft in der Erwachsenenbildung ohne soziale Absicherung zu unterrichten, schildern VHS-Dozierende am Dienstag, 18. Juni, von 11 bis 13 Uhr auf dem Hamburger Rathausmarkt. Pressevertreter*innen sind dazu herzlich eingeladen.

„Die GEW fordert, dass im Haushalt 2025/26 der Schulbehörde eine Million Euro mehr für die VHS eingestellt werden. Neben den Arbeitgeberanteilen für die Sozialversicherungen soll die Behörde auch die Fortzahlung der Honorare im Krankheitsfall übernehmen. Auch außerschulische Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Wenn dem Senat und den ihn tragenden Parteien die VHS wirklich so viel wert ist, wie sie in Sonntagsreden behaupten, dann müssen sie jetzt im Haushalt die Weichen dafür stellen. Wenn sich nichts ändert, werden wir das Thema auch zu einem unserer Schwerpunkte im Bürgerschaftswahlkampf machen“, so **Sven Quiring**.

Hintergrund

„Stadt der Guten Arbeit“ ist eine zentrale Forderung des rot-grünen Hamburger Koalitionsvertrages 2020, in dem es heißt: „In allen von der Stadt beeinflussbaren Bereichen müssen die Prinzipien von ‚Guter Arbeit‘ gewährleistet werden“. In der Erwachsenenbildung ist das keineswegs der Fall. Hier arbeiten die Lehrkräfte (es sind etwa so viele wie an den Hamburger Schulen) weitgehend prekär, das heißt zu schlechten Honoraren und Löhnen, von denen man kaum leben, geschweige denn eine Familie ernähren kann, ohne soziale Absicherung wie Kranken- oder Rentenversicherung, ohne Tarifverträge. Das ist schlechte Arbeit.

Rückfragen: Detlef Zunker, Weiterbildungsexperte der GEW Hamburg, 0170 – 584 70 89